

Salle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



Nr. 377.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 196.

Bezugspreis für Halle a. S. Quartale 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Postzeitung Nr. 3256. Die Postzeitung ist nicht mehr als gewöhnliche Zeitung zu behandeln. Preis für den Abnehmer: 10. Centner (inkl. Postgebühren). 31. Unterhaltungsblatt (Sonntagsblätter), Bamberg, Mitteldeutsche.

Erste Ausgabe

Abgabe für die Reichspostverwaltung oder deren Namen für Halle a. S., unter No. 25. Postamt, Postfach 10. Halle a. S., und bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus. Telefon Nr. 158. Eingang Nr. Brauhausstr. Schriftleitung: Dr. Walter Gebelens in Halle a. S.

Freitag, 14. August 1903.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3. Telefonamt Via Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Die Vorgänge im Ruhrrevier.

Bereits vor einigen Wochen haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß sich im Ruhrrevier unter Leitung des sozialdemokratischen Abgeordneten Suse eine Bewegung geltend macht, die gar leicht in einen Nischenstreik übergehen könnte. Inzwischen wird es immer deutlicher, daß von den Suse und Genossen eine große Aktion geplant wird, die sich allerdings erst im vorbereitenden Stadium befindet.

In diesem vorbereitenden Stadium bemüht man sich um zweiierlei: Der Verband, der erst etwa 25 Prozent der Bergarbeiter umfaßt, soll durch den Eintritt der übrigen gestärkt werden und die Bergwerksverwaltungen, meist der Regierung folgen, sollen in Unruhe gesetzt und es soll von vornherein die öffentliche Meinung für die Streikenden gewonnen werden. Die Taktik wird klar, wenn man die von Suse in Essen gehaltenen Rede liest, die an der Spitze der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ vom 1. August zum Abdruck gebracht ist. Inzwischen werden im Revier unablässig zahlreiche Massenversammlungen abgehalten, um die nötige Stimmung zu erzeugen.

Die Beschwerden beziehen sich auf drei Umstände: auf den durch die Ruhrkrankheit und infolge von deren Behandlung sich geltend machenden Lohnausfall, auf das Wagemüllen und auf gekürzte Löhne. Wir stellen nun keineswegs die Beschuldigung auf, daß diese Beschwerden völlig grundlos wären. Und wir erwarten, daß die beteiligten Bergwerksverwaltungen und die Regierung — soweit es deren Sache sein kann — in eine objektive nicht nur, sondern in eine wohlwollende Prüfung der Sachlage eintreten und die sich als nötig herausstellenden Maßnahmen schaffen. Daß S. die Ruhrkrankheit eine so ungeheure Ausdehnung hat nehmen können, dürfte doch immerhin einige Kritik an der Energie und der Vorsicht der zuständigen Verwaltungsbehörden herausfordern. Uebrigens ist der Grund der hier anstehenden Beschwerden bereits jetzt dadurch zum Teil hinlänglich gemacht, daß wenigstens die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft freiwillig sich zu Zuschüssen zum Krankengeld verstanden hat, wodurch die durchschnittliche Lohnhöhe erreicht wird.

Es ist eben daher nur die beiden alten Löhnhüter der Bergmannsflotten: Rohrbrücken und Wagemüllen. Es scheint dem Kenner der westfälischen Bergarbeiterverhältnisse geradezu aus sozialdemokratischen Reporterberichten früherer Jahre abzulesen zu sein, was ein „Berliner Organ für jedermann aus dem Volke“ sich aus Gelsenkirchener schreiben läßt. Es heißt dort:

Der Lohn wäre von 4,18 Mk. pro Schicht auf 3,80 Mk. und noch niedriger gesunken. Bei dem Steigen der Lebensmittelpreise hätte eine Familie nicht von einem solchen Lohne leben. Der Lohn sei um 200 Mk. jährlich pro Bergmann zurückgegangen. Das mache für das Ruhrrevier 4 Millionen Mk. bei der jetzigen Belegschaft aus. Die Stimmung der Bergarbeiter sei deshalb so erregt, wie sie vor 1889 nicht gewesen sei. Das Wagemüllen sei zu einer Epidemie geworden. Die Arbeiterkontrollen, die das Mullen besorgen, hätten es in einem Umfang, wie es bis jetzt im Bergbau nicht stattgefunden hätte. Ganze Wagensätze würden gemüllt. Man sage, der für den Wagen festgesetzte Betrag flöße in die Unterhaltungskasse der Bergarbeiter, aber davon sehe man nichts. Auch wäre bei der Verwaltung dieser Kasse kein Bergmann mehr sein. Zudem wären auch die Förderwagen viel zu groß. Auch wäre kein Maß an den betreffenden Wagen zu sehen, was Beschriftet sei. Manche Wagen wären zwei Bettner zu groß, wofür der Bergmann nichts bekomme. Die Behandlung der Bergarbeiter wäre geradezu unmöglich.

Daß die Löhne in den beiden letzten Jahren etwas gesunken sind, ist bekannt; ein Stehenbleiben derselben auf der Höhe, die sie etwa im Frühjahr 1900 erreicht hatten, hätte eben auch die Kostenpreise auf der damaligen Höhe erhalten müssen. Auch daß die Löhne durchschnittlich um 88 Pfennige täglich gesunken sind, wird so sehr übertrieben nicht sein, aber übertrieben ist es schon. Aber total unwohlfühler ist es, daß der Lohn eines Bergmanns um jährlich 2000 Mark zurückgegangen ist, was doch schon mit der Angabe vorher unverständlich ist. Grundsätzlich aber kommt es doch darauf an, wie hoch die Bergarbeiterlöhne heute sind. Nach den offiziellen Statistiken haben nun gegenwärtig von den 286 500 niederrheinisch-westfälischen Bergarbeitern über 40 Prozent einen Lohn für die achtstündige Arbeitszeit von 5 Mark und darüber, 30 Prozent der Arbeiter einen solchen von 3,81 bis 5 Mark, 20 Prozent einen solchen von 2,61 bis 3,80 Mark, und nur etwa 9 bis 10 Prozent der Arbeiter, meistens ungelernete oder junge Arbeiter, Schleppe und Pferdebejagen, einen Lohn bis 2,60 Mark. Nach dem gegen-

wärtigen Lohnniveau aller anderen Arbeiter Deutschlands sind das Siffen, die zu einem Streife schwerlich Veranlassung geben können.

Was das Wagemüllen betrifft, eine alte Bergmanns-sitte, die für unvollständig beladene oder für nicht durchweg mit Kohlen, sondern auch mit Gestein beladene Wagen dadurch Ersatz schafft, daß es gelegentlich einen Wagen als überzählig, mit einer 0 bezeichnet, zu erheben sich immer nur dann Wagen hierüber, wenn allgemein die Unzufriedenheit ins Kraut schießt. Die gemüllten Wagen sind ein siebenes Requirat für jeder Bergarbeiterbewegung, und sie verschwinden sofort, wenn die Vorstellung beendet ist. Auch die zu großen Wagen und die nicht vorchriftsmäßig die Gewichtsgrenze angegebene gehören zu den alten Mitteln der Aufwiegelung und haben bei keiner Bergarbeiterbewegung an der Ruhr gefehlt. Treten nicht noch andere Momente hervor, so sehen wir absolut keinen Grund zu einer neuen Auflage eines Bergarbeiterstreites. Den Bergarbeitern wäre mit einem solchen auch sehr schlecht gedient. Um so mehr freilich liegt er im Interesse der Herren Bebel, Singer, Suse und Konforten. Denn wer die oben erwähnte Suesche Rede objektiv prüft, dem wird es ohne weiteres klar, daß es sich in Wahrheit teils der durch sozialdemokratische Leitoren aufgemiegeln Arbeiter darum handeln soll, eine Machtfrage im sozialdemokratischen Parteiinteresse aufzurollen und zur Entzündung zu bringen. Formell allerdings warnt Suse die Arbeiter jetzt schon in den Streik einzutreten, da der Verband noch viel zu schwach ist. Die Vertagung dieses Grades soll eben bewirken, daß dem Verband neue Mitglieder zuströmen. Tatsächlich aber ruft Suse die leidenschaftliche Erregung seiner Zuhörer wach, indem er geradezu mit den heißesten Beschimpfungen gegen die Unternehmer teilt: „Diebstahl“, „Systematische Verrägerei“ — auf diesen Ton sind die Angriffe des Herrn Suse gestimmt. Und nun fragen wir jeden vernünftigen Menschen: Wenn in solcher Weise erst die Leidenshaften wachgerufen sind, wenn die Erregung und blinde Wut da ist — was hat es dann für einen Zweck, wieder abzuwiegeln und vor dem Streik zu warnen? Das hat folgenden Zweck: Es soll der Ansicht erregt werden, daß die Arbeiter ganz von selbst mit elementarer Kraft unter dem Druck der Not verweilungswillig zum Streik gegriffen hätten, und daß die Führer einfach, sie mochten wollen oder nicht, mit fortgerissen worden wären. Die Führer wollen sich der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber als die Maßvollen, Besonnenen und Friedfertigen hinstellen und so Sympathien gewinnen. Sie wollen aber auch heuchlerisch, wenn der Streik etwa verloren gegangen ist, den Arbeitern sagen können: „Wir haben Euch doch abgeraten!“ Und an diesem Spiel sind die Führer mit verteilten Rollen beteiligt, wie man es ganz deutlich bei der auf Suse folgende Diskussion amerten Tag. S. eröffnet der Vorlesung der Versammlung die Debatte mit folgenden Worten: „Sie habe der Versammlung einen gehörigen Dämpfer aufgesetzt. Er kenne aber nicht genau die herrschende Erbitterung, die sich Luft verschaffen wolle. . . Das werde noch zum Ausdruck kommen, trotz aller besänftigenden Reden.“ Wer da die Maße und die Rollenverteilung nicht merkt, muß schon ein ganz besonderer Einfaltspinnel sein.

Freitag man schließlich, welches besondere sozialdemokratische Interesse für dieses auf einen Nischenstreik abzielende Vorgehen maßgebend ist, so dürfte sich ergeben: Einmal spielt das durch den Wahlerfolg vom 16. und 25. Juni ungeheuer gesteigerte Maßgefühl eine gewisse psychologische Rolle. Dann aber und ganz besonders liegt ein rein taktischer Zweck zu Grunde: Man will auf diese Weise an die katholischen Arbeiter herankommen. Man hofft, daß das natürliche Solidaritäts- und Kollegialgefühl die katholischen Bergleute mit fortziehen wird. Ist der Streik sieghaft, so erwerben die sozialdemokratischen Führer auch in der katholischen Arbeitermasse ein wohlgefülltes Maß des Vertrauens, der Bewunderung und Dankbarkeit. Geht er verloren, so erzeugen Not und daß gegenüber dem unbefangenen Unternehmertum leicht das, was die Sozialdemokratie als „Klassenbewußtsein“ bezeichnet. Es gibt für die Sozialdemokratie in den kommenden Jahren keine bringenderen Aufgaben als die, in katholischen Arbeiterkreisen Fortschritte zu erzielen. Da sie solche Fortschritte als politische Partei auf dem

direkten Wege der politischen Ueberzeugungsumkunft nicht zu erzielen vermag, greift sie zu dem Mittel, die katholischen Arbeiter in den Streik, in den „Klassenkampf“ hineinzuziehen und zunächst durch die Betonung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen als „Klassen-genossen“ sich nahe zu bringen.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 13. August.

* Der angeforderte Kronrat tritt am heutigen 13. August vormittags unter dem Vorsitz Sr. Majestät des Kaisers zusammen. Es wird dies der vierte Kronrat sein, der unter der Regierung des jetzigen Monarchen stattfindet. Der erste wurde im März 1892 einberufen, nachdem der Reichspräsident dem Abgeordnetenhaus vorgelegt worden war. Das Ergebnis der damaligen Beratungen war, daß dieser Entwurf, obgleich er sich schon in Kommissionsberatung befand, von der Staatsregierung zurückgezogen wurde. Der nächste Kronrat wurde Mitte September 1896 auf Schloß Subersdorf, wo der Kaiser weilte, abgehalten. Es handelte sich damals um die Heraushebung des Zinsfußes der Reichs- und Staatsanleihen. Am 22. August 1899 fand ein dritter Kronrat statt. Die Ablehnung der Kamalvorlage durch das Abgeordnetenhaus Mitte August hatte die politische Situation sehr verwickelt. Damals wurde der verhängnisvolle Beschluß gefaßt, gegen die konservativen Gegner der Kamalvorlage, welche zugleich Staatsbeamte waren, einzuschreiten. Der jetzt stattfindende Kronrat ist der erste seit Uebernahme des Ministerpräsidentens durch den Grafen Biloa.

* Eine Novelle zum Kruppverfallengesetz wird dem Landtag in seiner nächsten Sitzung beschickt. Obgleich wie auf die Seemannsordnung wird die Kruppverfallengesetz-Novelle, die am 1. Januar 1904 in Kraft treten wird, auf das preussische Kruppverfallengesetz eine Nachwirkung ausüben. In eine Aenderung dieses Gesetzes ist schon jetzt einiger Zeit gedacht, sie war aber nicht möglich, ehe nicht jene Novelle erledigt war. Nachdem dies geschehen, haben die zuständigen Regierungsorgane sich an die Herstellung des Entwurfs einer Novelle zum Kruppverfallengesetz gemacht. Man darf es als ziemlich sicher ansehen, daß sie zur nächsten Tagung des Landtages eingebracht werden wird.

* Merkmal Umtriebe auf dem Gebiete der Schule. Auch in Schölknecht scheinen die Merkmalen, nur in weniger geräuschvoller Weise, auf das Ziel der Vertiefung der höheren paritätischen Mädchenschulen loszutreten, wie Bischof Körner in Trier. Auf „höheren Befehl“ forderten die katholischen Pfarrämter in Schölknecht, besonders in Breslau, wie man der „Deutsche Anzeiger“ mitteilt, in diesem Frühjahr von den Eltern benachteiligten Mädchen, die nach Ostern in den Weidunterricht aufgenommen werden sollten und bis dahin eine evangelische bzw. paritätische höhere Mädchenschule besucht hatten, ihre Töchter aus jenen Schulen herauszunehmen und sie in katholische Mädchenschulen überzuführen, widrigenfalls würden dieselben mit den Volksschülerinnen und nicht mit den anderen höheren Töchtern unterrichtet. Auch müßten sie dann zur Ergänzung des bisher in ihrer höheren Mädchenschule erhaltenen katholischen Religionsunterrichtes noch einmal eine evangelische oder katholische unterrichten. In einer Reihe von Fällen haben die Bischöfe ihren Zweck auch schon erreicht. Hieraus ist die obengenannte Korrespondenz, daß es sich bei der Korruptionen herausforderung also keineswegs bloß um Ungeheuerlichkeiten eines besonders fanatischen Bistums, sondern um einen auf der ganzen Linie gegen unsere Mädchenschulen planmäßig begonnenen merkmalen Vorstoß handle, die Einleitung des großen Kampfes um die Schule überhaupt, der mit aller Kraft durchgeführt werden sollte, sobald erst die Zulassung der Jesuiten erlangt werde.

* Angebliche Besuche in Gumbden. Der „Sammoversche Anzeiger“ läßt sich aus Gumbden melden, daß ein Besuch Kaiser Wilhelms in Gumbden, von dem schon früher einmal die Rede war, für den Monat September oder Oktober in Aussicht gestellt sei. In Gumbden wird bekanntlich für die nächste Zeit auch sonst noch „großer Besuch“ erwartet; so beabsichtigt König Edward von England von Warschau aus auf einige Tage nach Gumbden zu kommen, und gleichzeitig soll auch Kaiser Franz Josef dort eintreffen, gleichgültig die Kaiserin-Mutter von Rußland. — Ob die Mitteilung von einem Gumbdener Besuche des Deutschen Kaisers sich diesmal bestätigen werde, erscheint uns überaus zweifelhaft.

* Personalnachrichten. Der Prinzregent von Braunschweig, Prinz Albrecht von Preußen, hat am Dienstag Schloß Cammer, wo er sich längere Zeit aufgehalten hat, verlassen, um in seiner Eigenschaft als Inspektor der ersten Armee-Inspektion das 1. Armeekorps zu befehligen. — Am 14. August bezieht der Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses, Wirt. Geh. Rat Hübner, seinen 79. Geburtstag.

* Von der Marine. Mehrere Blätter melden von Kiel aus, daß nach den diesjährigen Flottenmanövern eine Verengung der deutschen Geschützweite in den amerikanischen Geschützen geplant sei, indem u. a. im Herbst der neue Kreuzer „Mebius“ die Ausschüsse nach Westindien antreten soll. Nach den Informationen der „N. N.“ ist insofern zunächst eine Vergrößerung der amerikanischen Kreuzerdivision nicht beabsichtigt, so bringen notwendig es im

